

nr. 4 – juni / juli 2015

ecke köpenicker

Seite 3: Workshop zum Spreeufer am 27. Juni Seite 4: Bürgerfest am 26. Juni

Seite 6/7: Was steht im Mietenvolksentscheid? Seite 8: Willkommen in der Klick-Demokratie!



Ch. Eckelt

*Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net

Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 6. Juli. Unser letztes Bilderrätsel zeigte eine Baumreihe entlang der Ohmstraße. Dort befindet sich – auf der Rückseite des KitKat-Clubs – nun eine zugemüllte Brache. Der kleine temporäre Biergarten nebenan musste für ein Bauvorhaben weichen. Zu DDR-Zeiten befand sich hier eine Kohlenhandlung. Gewinner des Büchergutscheins ist Maxim Kaminsky – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Öffentlicher Wohnungsneubau in der Schmidstraße

Bereits im November will die Wohnungsbau-Gesellschaft Mitte (WBM) mit dem Bau von sechs fünfgeschossigen Wohnhäusern auf dem Grundstück Schmidstraße 13/15 beginnen. Insgesamt sollen hier 128 Mietwohnungen entstehen, davon ein Drittel im geförderten und somit preisreduzierten Mietsegment. Die Wohnungsgrößen liegen zwischen 35 und 90 Quadratmetern, die Spanne geht von 1-Zimmer- bis 4-Zimmer-Wohnungen. Alle verfügen über Balkon oder Terrasse und sind barrierefrei zugänglich. Einige Wohnungen sollen auch rollstuhlgerecht ausgestattet bzw. ohne großen Aufwand rollstuhlgerecht umbaubar sein. In einer Tiefgarage werden ca. 40 Stellplätze für PKW entstehen, zusätzlich stehen oberirdisch ca. 15 weitere Stellplätze zur Verfü-

gung. Zudem werden Fahrradstellplätze und Kinderwagenräume geschaffen. Die WBM rechnet derzeit mit einem Bauabschluss Ende Juni 2017. Die WBM will im Rahmen der Neubaufensive des Berliner Senates bis zum nächsten Jahr mit dem Bau von insgesamt 1000 Neubauwohnungen beginnen. Ausser der Schmidstraße sind bereits insgesamt 275 Wohneinheiten in Mitte und Friedrichshain in Planung oder im Bau. Vor kurzem kaufte die Gesellschaft zudem ein Neubauprojekt für 160 Wohnungen in Alt-Treptow. Darüber hinaus werden im Bestand auch Dachgeschosse aufgestockt und Gewerberäume in Wohnräume verwandelt. cs

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilzentrum »Dialog 101«, Köpenicker Straße 101. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, hier kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, ist stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue engagierte Mitstreiter!

»Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch trifft sich regelmäßig und berät über Lösungsmöglichkeiten für permanente Probleme im Gebiet wie Lärm und Müll, die durch die hohe touristische Frequentierung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hostelbetreiber, Mieter, Polizei, Ordnungsamt und andere Beteiligte sitzen mit dem Präventionsbeauftragten als Moderator an einem Tisch, um gemeinsam Wege zu finden. Die Runde ist öffentlich: Bürger, die sich mit einem Problem oder guten Ideen an die Runde wenden wollen, sind willkommen.

Nächster Termin: Mo, 13. Juli, 11 Uhr, im Stadteilladen Dialog 101, Köpenicker Straße 101, U-Bhf. Heinrich-Heine-Straße

Die nächste Ausgabe erscheint Mitte Juli, Redaktionsschluss ist Freitag, der 3. Juli. Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Workshop Spreeufer

Samstag, 27. Juni, 12 Uhr, Stadteilladen Dialog 101

Die Einrichtung eines durchgängigen Uferweges entlang der Spree in der Nördlichen Luisenstadt ist eines der wichtigsten Vorhaben im Sanierungsgebiet – und stößt auf enormes Interesse. Eine kleine Serie von Workshops soll die Ideen und Vorstellungen jetzt zusammenführen und auf ihre Umsetzbarkeit hin überprüfen. Am 9. Mai fand bereits der Auftakt statt, am 27. Juni geht es im Stadteilladen weiter.



Zum Beispiel

»c-base«

Sie pflegen das Ufer und würden es gerne weiter tun

Der geplante öffentliche Uferweg entlang der Spree wird viele spannende Orte verbinden. Einer davon ist die Rungestraße 20. Der Gebäudekomplex, den eine neu gegründete Genossenschaft im Jahr 2001 von der WBM übernahm, beherbergt in den Räumen einer ehemaligen Tabakfabrik an der Spree die internationale Keimzelle aller Hacker-Clubs – die »c-base«. Aber auch die »games-

academy«, eine private Hochschule für Computerspielentwickler, und die Schauspielschule »Europäisches Theaterinstitut« sind dort untergebracht. Der Uferbereich wird an dieser Stelle also bereits jetzt intensiv genutzt: Die Studentinnen und Studenten benötigen ihn als Pausen- und teilweise auch als Probenfläche. Und die c-base ist baulich mit einer Treppe direkt an den Uferbereich angeschlossen. Bei c-base finden regelmäßig Veranstaltungen und Treffen der Berliner Hackerszene statt, auch internationale Kongresse mit vielen hundert Teilnehmern wurden bereits unter Mitnutzung der Räume des Theaterinstituts organisiert. Das sollte in den Planungen für den Uferweg berücksichtigt werden.

möglichst ganz andere Lösungen als sonst in den Grünanlagen des Bezirks. Allerdings erfordert das auch neue vertragliche Konstruktionen zwischen dem Bezirk und den Initiativen, die erst noch entwickelt werden müssen. Dafür braucht die Bezirksverwaltung gewiss noch einige Zeit. Aber die ist auch da – denn bis zur baulichen Realisierung müssen zudem noch wichtige Fragen etwa zur Sanierung der Spundwände am Spreeufer geklärt werden.

In einer abschließenden Veranstaltung im November soll das Ergebnis vorgestellt werden, auf dessen Grundlage dann im kommenden Jahr in einem Wettbewerbsverfahren ein Planungsbüro für den Spreeuferweg gefunden werden soll. cs

Erster Workshop zum Spreeuferweg: Samstag, 27. Juni, 12–18 Uhr, Stadteilladen Dialog 101, Köpenicker Straße 101

Der Uferbereich selbst wird von »Members« der c-base gepflegt, obwohl er sich bereits im Besitz des Bezirks Mitte befindet. Sie begärtnern ihn, befestigen die steile Uferböschung und sorgen auch schon mal dafür, dass tote Äste aus dem Bäumen entfernt werden, damit sie keine Gefahren verursachen. Direkt vor der c-base stehen mobile Tische und Bänke, an denen meist Menschen mit aufgeklappten Rechnern sitzen: Die c-base bietet öffentlich kostenlosen Zugang zum Internet per schnellem W-LAN. Von der Jannowitzbrücke her kommen alle paar Minuten Passanten auf der Suche nach dem »geheimen« Spreeuferweg herbei. Sie werden über die beiden Höfe auf die Rungestraße weitergeleitet, denn hinter der c-base kommt man nicht mehr weiter. Zunächst versperrt das noch private und umzäunte Nachbargrundstück den Weg und dann kommt das Heizkraftwerk von Vattenfall, das auch den Pfad direkt am Ufer definitiv versperrt.

Einige »Members« haben sich schon ausführliche Gedanken über die künftige Gestaltung des Uferbereichs gemacht und schlagen vor, den eigentlichen Weg möglichst direkt an der Spree entlang zu führen und den Bereich direkt vor der c-base als Aufenthaltsraum zu gestalten. Sie bieten auch an, den Uferbereich an dieser Stelle künftig weit intensiver zu pflegen, als es das Grünflächenamt des Bezirkes in der Lage ist. Im Gegenzug würden sie gerne gewisse Sondernutzungen wie etwa das Aufstellen mobiler Tische und Bänke und anderer Gerätschaften zugestanden bekommen. cs



Rollstuhlrallye und Live-Musik

Bürgerfest Luisenstadt am 26. Juni

Auch wenn das Wetter nicht immer das Beste war – die Stimmung war es auf jeden Fall. Das jährliche Sommerfest ist längst eine schöne Tradition in der Luisenstadt. Auch in diesem Jahr findet es statt, wie immer auf dem Platz vor der Michaelkirche.

Hier treffen sich Bewohner der Luisenstadt und ihre Freunde, Gewerbetreibende und Vertreter benachbarter Initiativen und Institutionen. Unterhaltung, Information und Diskussion sind das Motto. Der Eintritt ist frei, es gibt Kaffee und Kuchen, Gegrilltes, vegetarische Kost, Mineralwasser, Bier, Bühnenaufführungen und viel Musik.

Der Bürgerverein Luisenstadt e.V. veranstaltet das Fest gemeinsam mit der CaritasWohnen am Michaelkirchplatz 3 (ein betreutes Wohnprojekt für Jugendliche mit Behinderungen), dem Pflegewerk Senioren Centrum Michaelkirchstraße 19 und dem Tauthaus, Engelndamm 70.

Aus dem Fest-Programm:

– Beim »Polit-Talk« stellen sich der Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (Mitte) und die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Friedrichshain-Kreuzberg) Bürgerfragen zu allen Themen, z.B. zu Bezirkspolitik, Bauen und sozialen Probleme in der Luisenstadt.

– Es gibt viele Informationsstände von Institutionen, Vereinen und Initiativen. Auch die in den Bezirksparlamenten vertretenen Parteien nehmen teil.

Das Koordinationsbüro (KoSP) informiert an einem Stand gemeinsam mit Bezirksamtsmitarbeitern über das aktuelle Geschehen im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. An Informationstafeln können sich Bürger über kurz- und längerfristige Planungen für das Gebiet informieren, u. a. über das aktuell entwickelte Verkehrskonzept.

Die Polizei informiert zu praktischen Sicherheitsfragen, u. a. zu Prävention rund ums Fahrrad. Mit Infoständen vertreten sind auch die benachbarten Kirchen und die Alevitische Gemeinde. 22 Wohnungsbaugenossenschaften stellen sich mit einem Informationsstand und einem »Kunterbunten Wohnmobil« vor.

– Außerdem gibt es Führungen und öffentliche Besichtigungen: So kann das Tauthaus besucht werden, ebenso die Annenkirche und der Innenhof der Michaelkirche.

– Wie immer gibt es ein Luisenstadt-Bilderrätsel mit Preisverleihung (gute Ortskenntnisse sind gefragt!), die schon legendäre Rollstuhlrallye und eine »Wäscheleine-Fotogalerie« mit historischen und neuen Bildern zum Gebiet. Für Kinder gibt es zudem eine Hüpfburg und einen Schminktisch. Luisenstädter Initiativen und Vereine präsentieren sich mit Ständen und individuellen Angeboten: vom Gebastelten über Selbstgebackenes bis hin zu Kinderspielen. – Zwischendurch und abends gibt es vor der Kirche Live-Musik und Auftritte vielfältigster Art. us

Bürgerfest in der Luisenstadt, Freitag, 26. Juni 2015 auf dem Michaelkirchplatz, Festwiese geöffnet ab 14 Uhr, Bühnenprogramm ab 15 Uhr. Das Fest endet gegen 20.30 Uhr.

Wer das Kiezfest unterstützen möchte, melde sich bitte beim Bürgerverein Luisenstadt!

*Kontakt: Bürgerverein Luisenstadt e.V., Michaelkirchstraße 2, 9. Etage, 10179 Berlin, Bürozeiten mittwochs 14–16 Uhr, Telefon 279 54 08
www.buergerverein-luisenstadt.de*

Mail: buero@buergerverein-luisenstadt.de

Sa 13. Juni Führung: Biotomaten vom Moritzplatz – Der Prinzessinnengarten

Seit 2009 existiert der Prinzessinnengarten am Moritzplatz mitten in Berlin auf 6.000 Quadratmetern, vielbeachtet und ausgezeichnet als soziale urbane Landwirtschaft. Es ist ein Gemeinschaftsgarten, in dem niemand ein eigenes Beet besitzt, sondern der Garten durch das Engagement unzähliger freiwilliger Helfer lebendig gehalten wird und damit Kooperation und informelles, erfahrungsbasiertes Lernen ermöglicht.

Biotomaten vom Moritzplatz: Der Prinzessinnengarten. Führung durch den Gartenbetrieb, Sa, 13. Juni, 11 Uhr. Die Teilnahme ist kostenlos. Veranstaltungsort: Prinzessinnengarten, Moritzplatz, Prinzenstraße 35–38, 10969 Berlin

Berliner Mauer in 3D: Stereofotografien von Gerd Schulte – noch bis 27.6. im Märkischen Museum

Das Stadtmuseum Berlin zeigt im »Historischen Wandelpanorama« des Märkischen Museums 48 Stereoskopien des Berliner Fotografen Gerd Schulte (Jahrgang 1941) über die Ereignisse der Jahre 1989/90 in Berlin. Die Bildserie bietet eine Zeitreise von der Öffnung des Grenzüberganges Bornholmer Straße am 9. November 1989 bis zum sukzessiven Abbau der innerstädtischen Mauer bis Ende 1990.

Diente das »Kaiserpanorama« in seiner Blütezeit virtuellen Reisen in ferne Welten und der aktuellen Bildberichterstattung, so ist die Technik der Stereoskopie (die zweidimensionale Fotografie mit räumlicher Tiefe, ähnlich 3D) auch im Medienzeitalter noch immer für Fotografen interessant. Das populäre Bildmedium des 19. Jahrhunderts ist auch heute immer noch modern genug, um die Aufbruchsstimmung der Wendezeit und die Emotionen der Menschen in Ost und West einzufangen und dem heutigen Betrachter zu vermitteln.

Märkisches Museum, Am Köllnischen Park 5, bis 27.6., Di–So 10–18 Uhr

Wie wollen und können wir künftig wohnen?

Eine Ausstellung im DAZ

Der wachsende Wohnungsbaubedarf in vielen Großstädten stellt die Kommunen vor große Probleme, ist aber auch eine Chance für neue Qualitäten im Wohnungsbau. Wie kann zukunftsfähiger Wohnungsbau und Stadtentwicklung aussehen? Was wären die neuen Qualitäten? Wie kann bezahlbares Wohnen ermöglicht und finanziert werden?

Mit solchen Fragen beschäftigt sich die Ausstellung »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«, die noch bis 4. Juli im Deutschen Architektur Zentrum (DAZ) in der Köpenicker Straße zu sehen ist und Ideen sowie praktische Beispiele für neue bezahlbare Wohntypologien, lebendige Nachbarschaften und eine nachhaltige Stadtentwicklung vorstellt. Gefragt wird nach Zukunftsstrategien und nach Wegen und Ideen, wie Stadtbewohner und Entscheidungsträger miteinander kommunizieren und zu Ergebnissen finden können. – Die Ausstellung findet im Rahmen des »MAKE CITY–Festival für Architektur & Andersmachen« statt, das vom 11. bis 28. Juni in Berlin veranstaltet wird und sich an alle richtet, die Stadt neu denken wollen.

Zur Ausstellung gibt es im DAZ öffentliche Veranstaltungen.

15.6., 19 Uhr – Diskussion: »Bezahlbares Wohnen?« – Welche Strategien machen Neubau preiswerter? Welche Standards werden gebraucht, was ist verzichtbar? Wie helfen Grundrisse und Erschließung? Eine Lösung, günstige Wohnungen anzubieten ist, sie kleiner zu machen. Der Pro-Kopf-Anspruch von Wohnraum steigt aber in den letzten Jahren tendenziell an. – Eine Debatte u.a. mit Architekten, Vertretern der Umweltbank und der Berliner Wohnungsbauvereine sowie Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär für Bauen und Wohnen.

Am 22. Juni, 19 Uhr, geht es dann im DAZ um die Frage: »Wie wollen wir wohnen?«

Ausstellung: »URBAN LIVING – Strategien für das zukünftige Wohnen«, im Deutschen Architekturzentrum DAZ, Köpenicker Straße 48/49, bis 4.7., Mi–So 14–19 Uhr

Weitere Informationen zum Festival unter: makecity.berlin

Stadtforum Berlin am 22. Juni

»Wem gehört der öffentliche Raum?«

Die Berliner Stadtgesellschaft verändert sich. Jeder beansprucht den öffentlichen Raum im Alltag nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen: Straßen und Plätze, Parks und Grünanlagen werden für alltägliche oder touristische Wege und Aufenthalt, für Begegnung und Stadterleben genutzt. Hier kollidieren oft unterschiedliche Funktionen: Verkehr, Verkauf, Konsum, Veranstaltungen, politische Kundgebungen, Erholung. Doch wie offen und öffentlich ist der öffentliche Raum? Wer nutzt ihn und wie? Wo gibt es Synergien oder Konfliktpotenzial? Welche Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Regeln der Gestaltung des Miteinanders unterschiedlicher Nutzer und Funktionen gibt es? Die zentrale Frage der Debatte ist: »Ist der öffentliche Raum geeignet und offen für alle(s)?«

Andreas Geisel, Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, lädt deshalb zum zweiten Stadtforum Berlin zum Thema öffentlicher Raum ein. Am 22.6. können die Berliner mit Vertretern aus Politik und Verwaltung, mit Architekten und Wissenschaftlern über dieses Thema diskutieren. Unter www.berlin.de/stadtforum kann man sich bereits jetzt in die Debatte einbringen!

Mo, 22. Juni, 18–20.30 Uhr, im Tempodrom, Kleine Arena, Möckernstraße 10, 10963 Berlin

Die Teilnahme ist kostenlos. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Programminformationen unter:

www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/download

us

Bildecke



Was unterschreiben die Berliner da eigentlich?

Selbst die Berliner Abendschau gibt zu, dass sie den Mietenvolksentscheid nicht ganz verstanden hat



Ch. Eckelt

»Das macht richtig Spaß hier, alle Minute kommt einer und gibt seine Unterschrift ab!«. Jeden Samstag stehen vor dem Gesundbrunnen-Center Aktivistinnen und Aktivistinnen und sammeln Unterschriften für den Mietenvolksentscheid. Dabei treffen sie offenbar den Nerv der Bevölkerung. Die für die erste Phase des Volksbegehrens notwendigen 20.000 Unterschriften wurden bereits in den ersten vier Wochen erreicht.

Doch wofür unterschreiben die Mitbürger da? Das vorgeschlagene »Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin« wird wohl kaum einer gelesen haben, selbst viele der Aktivistinnen nicht. Denn es umfasst 52 in Juristendeutsch verfasste Paragraphen voller Querbezüge und Verweise auf andere Gesetze. Auch die Erklärungen und Begründungen, die die Initiative Mietenvolksentscheid dazu in deutlich verständlicherer Sprache vorlegt, ist beileibe kein einfacher Lesestoff. Wälzt man sich dennoch hindurch, so wünscht man sich, dass die Berliner Politik diesen Vorschlag ernst nimmt und viele der Ideen aufgreift. Aber das gesamte Paket in all seinen Konsequenzen auf Anhieb zu überschauen, ist schlicht unmöglich. Selbst die Redaktion der Abendschau gab uns gegenüber Verständnisprobleme zu. Bei einigen Paragraphen kommt man zudem auch gehörig ins Zweifeln.

Was brauchen die Wohnungsbaugesellschaften?

So schlägt der Mietenvolksentscheid vor, das Eigenkapital der sechs kommunalen Wohnungsbaugesellschaften um zusammen gut eine halbe Milliarde Euro zu erhöhen. Das erscheint zu Zeiten von niedrigen Zinsen und einem Haushaltsüberschuss zunächst mal vernünftig: Denn die Wohnungsbaugesellschaften könnten mit höherem Eigenkapital mehr Fremdkapital zu günstigeren Zinsen aufnehmen und damit deutlich mehr dringend benötigten Wohnraum bauen. Allerdings klagen die Wohnungsbaugesellschaften derzeit keineswegs über mangelhafte Unterstützung durch die Berliner Landespolitik. Anders als noch vor wenigen Jahren greift ihnen der Senat nicht mehr in die Tasche, sondern belässt die Gewinne im Unternehmen und führt ihnen darüber hinaus noch etliche Grundstücke zu, auf denen sie neu bauen können und sollen. Mangelndes Eigenkapital ist definitiv nicht ihr Problem, sie kaufen im Gegenteil auf dem Markt

ständig Bestandsbauten zu, wenn sich das wirtschaftlich vertreten lässt, und sie haben keine Probleme, auch kurzfristig Fremdkapital dafür zu mobilisieren. Das jedenfalls versicherte Kristina Jahn vom Vorstand der DEGEWO AG auf unsere Rückfrage.

Strukturell stünden die Wohnungsbaugesellschaften derzeit vor ganz anderen Problemen: Zehn Jahre lang habe die DEGEWO keinen nennenswerten Neubau mehr betrieben – da müssen die notwendigen Strukturen im Unternehmen erst wieder aufgebaut werden. Die Geschäftsführerin der HOWOGE, Stefanie Frensch, erzählte dazu auf dem letzten Stadtforum von ihren Problemen, in Berlin Architekten zu finden, die Erfahrungen bei der Entwicklung kostengünstiger Miethäuser einbringen können. Dieses Knowhow sei in der Stadt inzwischen selten geworden. Insgesamt hat der Senat das Ziel gesetzt, in den nächsten zehn Jahren den Bestand an kommunalem Wohnraum von derzeit 300.000 auf 400.000 zu erhöhen – durch Zukauf und Neubau. Die Wohnungsbaugesellschaften ziehen dabei offenbar mit.

Umwandlung in »Anstalten Öffentlichen Rechts«?

Der Mietenvolksentscheid geht aber noch weiter. Er will die sechs Unternehmen in »Anstalten Öffentlichen Rechts« umwandeln. Anstalten Öffentlichen Rechts sind beispielsweise die BVG und die BSR oder auch ARD und ZDF. Nach dem Gesetzesvorschlag sollen die Mieterbeiräte in den Aufsichtsgremien der städtischen Wohnungsbaugesellschaften beteiligt werden und Mitgestaltungsrechte erhalten, was Mieterorganisationen schon lange einfordern. Zusätzlich will der Gesetzesvorschlag aber die Wohnungsbaugesellschaften über die Ausgliederung von Tochtergesellschaften auch grundsätzlich umstrukturieren. Ob das wirklich klug ist, gerade jetzt gesetzlich darauf zu dringen? Große, von der Politik initiierte Verwaltungsreformen führen erfahrungsgemäß oft zunächst mal zu großen Reibungsverlusten in den Belegschaften und haben, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahren positive Effekte. Wir benötigen aber jetzt handlungsfähige Wohnungsbaugesellschaften, nicht erst in einigen Jahren – denn jetzt verschärfen sich auf dem Wohnungsmarkt Jahr für Jahr die Probleme, weil die Bevölkerung der Stadt schneller wächst, als Wohnungen gebaut werden.

Einkommensabhängige Mieten: Falsche Zahlen!

Mieter treibt aber vor allem die Forderung nach »einkommensabhängigen Mietsubventionen« zur Unterschrift beim Volksentscheid. Das klingt zunächst mal gut, denn viele haben Angst, nach einem Jobverlust auch ihre Wohnung zu verlieren, weil das Jobcenter die Miete oft nur zu einem Bruchteil übernimmt.

Tatsächlich sollen die Mieten laut Volksentscheid-Entwurf aber nur in einem sehr kleinen Teilbereich des Berliner Wohnungsmarktes für Hartz-IV-Empfänger auf Hartz-IV-Niveau verbilligt und für Besitzer eines Wohnberechtigungsscheines abgesenkt werden. Der Vorschlag betrifft nur rund 150.000 Sozialwohnungen (so behauptet die Initiative) bzw. 100.000 Sozialwohnungen (so rechnet der Senat), also rund 5% bis 7,5% der Wohnungen der Stadt. Die anderen sind davon nicht berührt – auch dann nicht, wenn sie sich in kommunalem Bestand befinden. Viele Medien wie der »Spiegel« oder die »Abendschau« brachten hier eine falsche Zahl von insgesamt 380.000 betroffenen Wohnungen in Umlauf. Immerhin hat zumindest die Abendschau-Redaktion auf unseren Hinweis hin den Fehler zugegeben: »Sie haben vollkommen Recht, dass die gedeckelten Mieten nur für die Sozialwohnungen in Landes- und Privatbesitz laut Gesetzentwurf vorgesehen sind. Wir werden Ihre Hinweise in der weiteren Berichterstattung berücksichtigen«, teilte sie uns per E-Mail mit. Die Kosten für die diesbezügliche Subventionierung beziffert der Senat auf rund 150 Millionen Euro alleine im Jahr 2017, die Initiative auf 90 Millionen.

Finanziert sich nicht von selbst: Wohnraumförderfonds

An anderer Stelle gehen die Kostenschätzungen noch weiter auseinander. So sollen nach dem Gesetzesvorschlag z.B. die Einnahmen, die das Land Berlin derzeit aus den Zins- und Tilgungsrückzahlungen alter Förderdarlehen erhält, komplett in einen »Wohnraumförderfonds« übergehen, aus dem heraus Wohnungsbau zu sozial verträglichen Mieten ermöglicht werden soll. Die Initiatoren des Volksentscheides sehen das nicht als Kosten an, der Senat rechnet dagegen mit jährlich über 320 Millionen Euro, die dem normalen Haushalt dann eben nicht zur Verfügung stehen und deshalb irgendwo anders eingespart werden müssen. Im Haushaltsjahr 2015 stellt der Senat in seinem »Wohnungsneubaufonds« insgesamt 15 Millionen für diesen Zweck bereit und verpflichtet sich dazu, in den Folgejahren bis 2020 noch einmal insgesamt 59 Millionen auszus zahlen.

In der Tat lässt sich bezweifeln, dass das angesichts der Probleme auf dem Wohnungsmarkt ausreicht, um die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern. Auch der öffentliche Druck, den der »Mietenvolksentscheid 2016« derzeit ausübt, lässt freilich vermuten, dass in den Beratungen für den Doppelhaushalt 2016/2017 an dieser Stelle noch einmal kräftig nachgelegt werden wird.

Seltsamer Paragraph 37: Verluste werden sozialisiert

Mehr als 200 Millionen Euro würde nach der Schätzung der Investitionsbank Berlin zumindest im Jahr 2017 die ebenfalls im Gesetzentwurf enthaltene Verpflichtung kosten, Sozialwohnungen zum »Barwert« zu erwerben, falls deren private Eigentümer dies wünschen. Der Mietenvolksentscheid rechnet dagegen nur mit 50 Millionen im ersten Jahr. Nach §37 der Gesetzesinitiative würde das Land Berlin faktisch die Risiken der privaten Wohnungswirtschaft im Sozialen Wohnungsbau übernehmen. Denn die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sollen jederzeit auf Wunsch der Eigentümer die Sozialbauten für den »Barwert« der auf ihnen noch lastenden Schulden

sowie des von ihnen eingesetzten Eigenkapitals übernehmen – auch wenn dieser Wert deutlich höher wäre als der Wert, den man auf dem freien Markt für diese Gebäude bekäme. Die Differenz müsste das Land Berlin übernehmen. Die Investitionsbank geht davon aus, dass zwei Drittel der Eigentümer solcher Sozialbauten von der Regel Gebrauch machen würde, wenn der »Barwert« größer als der »Verkehrswert« ist.

Dabei stellt sich die Frage, wie so eine Regel eigentlich in den Gesetzkatalog einer »linken« Initiative geraten ist. Belohnt würden damit nämlich vor allem solche privaten Eigentümer, die ihre Anlagen des Sozialen Wohnungsbaus verlottern ließen oder sich schlicht verspekuliert oder verkalkuliert haben. Sie könnten ihre »Schrottimobilien« dann einfach den Wohnungsbaugesellschaften zuschanzen und kämen ohne Verlust aus der Geschichte heraus. Welche Lobby hat den Initiatoren hier die Feder geführt, ohne dass die es gemerkt haben?

Stoppt das Verfassungsgericht den Volksentscheid?

Das Volksbegehren wird seine erste Phase mit großer Sicherheit erfolgreich abschließen. Dann berät das Abgeordnetenhaus über den Vorschlag. Sollte die Initiative mit den Ergebnissen nicht zufrieden sein, benötigt sie in der zweiten Phase rund 170.000 Unterschriften wahlberechtigter Berliner. Kommen die zusammen, so kommt es zum Volksentscheid. Die Initiative würde ihn gerne zusammen mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016 durchführen. Angesichts des Erfolgs des letzten Volksentscheides zum Tempelhofer Feld gehen viele davon aus, dass die Initiative dabei eine echte Chance hat.

Allerdings könnte das Berliner Verfassungsgericht das Ganze noch stoppen. Die Gesetzesvorlage greift nämlich tief in das Budget-Recht des Abgeordnetenhauses ein. Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz, mit dem das Parlament die Haushaltspläne verabschiedet, sind nach der Berliner Verfassung ausdrücklich unzulässig.

Insgesamt rechnet die Senatsverwaltung bei einem Erfolg des Volksbegehrens mit Kosten von 791 Millionen Euro im ersten Jahr 2017 und 3,28 Milliarden in den ersten fünf Jahren bis 2021. Der Mietenvolksentscheid geht dagegen nur von 256 Millionen im ersten Jahr und 1,25 Milliarden im Fünfjahreszeitraum aus. Zum Vergleich: Der gesamte Berliner Landeshaushalt umfasst derzeit etwa 23 Milliarden Euro pro Jahr.

Christof Schaffeller

Weitere Informationen:

www.mietenvolksentscheidberlin.de

www.stadtentwicklung.berlin.de/download/mietenvolksentscheid



Ch. Eckelt

Wien hat eine hundertjährige Tradition Sozialen Wohnungsbaus.



Kommentar

Per Klick in die Stimmungsdemokratie

Berlin bräuchte angesichts des anhaltenden Zuzugs dringend mehr Wohnraum – vor allem für Bedürftige, Geringverdiener, Flüchtlinge. Doch wo immer der Senat kommunalen Wohnungsneubau plant, tritt prompt eine neue Bürgerinitiative an, die das prinzipiell zwar gut findet, aber bitte schön nicht neben der eigenen Tür. Da werden Biotop mit Zauneidechsen und Heuschrecken verteidigt oder Parkplätze oder ein freies Flugfeld für alle oder schlicht der schöne Grünblick vor dem Fenster.

Michael Müller, dessen großes Thema das Wohnraumproblem ist, hat sich nun Schlagzeilen und böse Proteste von diversen Bürgerinitiativen eingehandelt. Er, der sich für Volksentscheide, Bürgerbegehren und direkte Demokratie einsetzte, formulierte kürzlich bei einer Diskussion seine Sorge, »dass wir Instrumente haben, die nicht ein Mehr an Demokratie bedeuten für mehr Menschen, sondern nur mehr Instrumente für einige wenige, die sich schon vorher gut artikulieren konnten.« Müller warnte davor, dass dabei immer mehr Partikularinteressen der ohnehin bestens Vernetzten und gut organisierten durchgesetzt würden.

Dass er damit gehörige Kritik ernten würde (im Internet-Jargon »Shitstorm«), war klar. In der Tat hat das alles auch mit dem Internet zu tun. »change.org« beispielsweise ist nur eine von vielen Plattformen für unzählige Kampagnen unterschiedlichster Art. Unterschriften zu sammeln, ist einfach geworden. Man muss sich nicht mehr monatelang die Füße auf den Straßen platttreten, um für

ein bestimmtes Anliegen Menschen mühselig argumentativ zu überzeugen – Postings, simple Botschaften und Unterschriften reichen. Denn es ist so leicht, fix für alles Mögliche zu klicken und sich dabei als guter Mensch zu fühlen: Wer wäre schon gegen bezahlbaren Wohnraum, Freiflächen, menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte? Es ist einfach geworden, gegen zu viel Neubau in Lichterfelde-Süd, Lehrerausfall, TTIP, CETA usw. zu stimmen.

Nur: Wer weiß schon, was CETA und TTIP genau bedeuten, was es mit den Planungen in Lichterfelde Süd auf sich hat und wie sich Schulausfall vermeiden ließe?

Das Problem ist, dass sich kaum jemand mehr mit den Themen intensiv auseinandersetzen muss – schon gar nicht im direkten Diskurs. Das macht die »Klick-Demokratie« der Bürgerbegehren und Volksentscheide so schwierig. Viele Themen sind wesentlich komplexer – erst recht komplizierte Sachen wie eine Gesetzgebung, wie sie der Mietenvolksentscheid einfordert (siehe S. 6/7). Der klickende Bürger aber kann alles Mögliche fordern, auch wenn er sich gar nicht damit befasst hat: gegen Wohnungsbauvorhaben (obwohl er dort gar nicht wohnt), für den Erhalt von Brachen (obwohl er sie nicht nutzt), gleichzeitig aber auch für bezahlbaren Neubau, für mehr Erzieher und Lehrer sowie gegen den Bolzplatzlärm nebenan. Und natürlich für Steuersenkungen. Man muss sich nicht mal mehr mit der Widersprüchlichkeit der eigenen Forderungen auseinandersetzen, Prioritäten finden oder

sich direkten Debatten aussetzen, wie all die schönen Wünsche durchgesetzt und finanziert werden sollen. Lösungen soll dann bitteschön die verachtete Politik liefern.

Stimmungs- und Symboldemokratie ist, wenn man alle möglichen Dinge unter-schreiben kann – und sei es einfach nur, um »der Politik«, der man misstraut, eins auszu-wischen. Da ist man dann nah am »Wutbürger«. Dies sei auch »der Triumph des Digitalen über die Tradition der Diskussion«, schrieb ein Kommentator im »Spiegel«.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Zweifellos gibt es etliche Initiativen, deren ehrenamtliches Engagement und Kompetenz nicht hoch genug zu schätzen ist und die zu Recht Mitsprache einfordern. Politische Parteien haben sich die Entfremdung auch selbst zuzuschreiben – mit der neoliberalen Herabsetzung des Staates in den letzten 20 Jahren, mit dem permanenten Appell, dass die Bürger gefälligst mehr Eigenverantwortung übernehmen sollen, mit zahlreichen fragwürdigen Entscheidungen, die über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen wurden. Selbstverständlich rächt es sich, wenn breite Proteste gegen wesentliche landes- und bundesweite Entwicklungen oder Entscheidungen einfach ignoriert und abgeburstet werden. Und es ist wichtig, dass Bürger sich wehren, wenn etwas gewaltig schief läuft – wie z.B. Privatisierungen wesentlichen Gemeinguts.

Doch die Möglichkeit der Bürgerbegehren und Volksentscheide (da hat die Schweiz wesentlich mehr Erfahrung) darf nicht durch egoistische Kleinst-Partikularinteressen überstrapaziert werden. Denn dabei bliebe – da muss man Müller Recht geben – das Gemeinwesen auf der Strecke.

Wir leben in einer repräsentativen Demokratie, aus gutem Grund. Und jedes Gesetz, das verabschiedet wird, sollte und muss genau diskutiert und geprüft werden. Man kann das nicht per Klick regeln. Man stelle sich vor, jemand würde einen Volksentscheid für die Wiedereinführung der Todesstrafe starten, nach dem nächsten Fall von Kindstötung. Nicht immer sind spontane Mehrheitsvoten auch die klügsten.

Bei kleinen wie großen Entscheidungen geht es darum, dass sie diskutiert werden müssen, und zwar nicht digital inklusive anonymen Shitstorms, sondern in lebendigen Debatten. Politik ist kein Pippi-Langstrumpf-Land, sondern – wenn sie ernstgenommen wird – ein anstrengender Aushandlungs- und Abwägungsprozess. Und letztlich muss auch irgendwann ein Ergebnis erreicht und eine Entscheidung getroffen werden. Und diese Entscheidung muss dann getragen, finanziert und verantwortet werden. us

Ein Stadtteilzentrum für die Luisenstadt

Nutzungsideen und interessierte Nutzer sind gefragt!

Das »Dialog 101« in der Köpenicker Straße / Ecke Heinrich-Heine-Straße ist als öffentlicher Ort für die Luisenstadt gerettet. Wie berichtet, musste der bisherige Mieter, der soziokulturelle Verein »Kreativhaus Mitte« die Räume aufgeben, da etliche Arbeitsförderungsmaßnahmen vom Jobcenter nicht mehr weitergeführt wurden und der Verein deshalb die Miete nicht mehr finanzieren konnte.

Doch dann konnte das KoSP (Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement, das im Auftrag des Bezirksamts Mitte als Gebietsbetreuer für das Sanie-

rungsgebiet Nördliche Luisenstadt tätig ist) in die Bresche springen und mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) einen Mietvertrag für die Räume abschließen – zunächst bis März 2017, zu moderaten Bedingungen.

Die Räume bieten ein unschätzbare Potenzial für das Quartier: Sie sind zentral gelegen, mitten im Gebiet am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße, mit immerhin 300 Quadratmetern, barrierefrei im Erdgeschoss. Drei große Räume mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten, die nun dem gesamten Quartier zur Verfügung stehen sollen. Ideal also für einen richtigen Stadteilladen, der von vielen genutzt und belebt werden soll. Bislang tagt hier regelmäßig die Betroffenvertretung Nördliche Luisenstadt, auch die monatlichen Beiratsrunden der Sanierungsbeteiligten finden hier statt, ebenso einzelne öffentliche Veranstaltungen. Doch natürlich ist dies natürlich keine wirkliche Auslastung für einen Stadteilladen. Deshalb möchte das KoSP nun ein Nutzungskonzept entwickeln, bei dem vor allem möglichst viele Ideen und Interessenten aus dem Gebiet

Verkehrskonzept veröffentlicht

Es hat lange gedauert – doch nun ist das Verkehrskonzept für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt weitgehend fertiggestellt und öffentlich auf unterschiedlichen Websites einsehbar. Nach inhaltlichen Anpassungen und Abstimmung zwischen den bezirklichen Fachämtern wurde es nun im April freigegeben.

Seit 2013 war das Konzept diskutiert worden, der Bürgerverein hatte mit Unterstützung des Bezirks 2013 eine Bürgerversammlung organisiert, im März 2014 gab es dann eine öffentliche Vorstellung der Untersuchungsergebnisse der vom Bezirk beauftragten Büros. Auch die Betroffenenvertretung und viele Anwohner beteiligten sich an der Debatte. Ihnen ging vor allem um verkehrsberuhigende Maßnahmen, die Unterbindung von Schleichverkehren und Minderung des Durchgangsverkehrs, die Stärkung des Busverkehrs und die Entspannung der Parkplatzsituation durch Einführung der Parkraumbewirtschaftung. Insbesondere letzteres war ein großer Diskussionspunkt, das Verkehrskonzept empfiehlt nun die Parkraumbewirtschaftung.

Manche kleinere Einzelmaßnahmen werden schon jetzt durchgeführt, doch die Umsetzung des Gesamtkonzepts wird nur sukzessive möglich sein.

Die Erarbeitung von Verkehrskonzepten und auch deren Umsetzung sind kompliziert und langwierig, weil viele Fachbehörden und Institutionen sich auf Lösungen einigen müssen: u.a. die zuständigen Fachämter des Bezirks und des Senats, die BVG und auch die Verkehrslenkung Berlin, die ebenfalls beim Senat angesiedelt ist.



gefragt sind. Welche Initiativen, Vereine, Menschen aus dem Gebiet suchen noch Räume für regelmäßige soziale oder kulturelle Aktivitäten, für einzelne Veranstaltungen, öffentliche Ausstellungen, Workshops oder offene Treffen?

Es gibt ja nicht viele Räumlichkeiten dieser Beschaffenheit und mit solchen Kapazitäten im Gebiet, die als Stadtteilzentrum und Ort für vielfältige Aktivitäten zur Verfügung stehen. Das KoSP will nun die Chance ergreifen, den Raum neu zu gestalten und stärker nach außen zu öffnen. Ziel ist es, die Räume so effektiv und vielfältig wie möglich für die Anwohner zu nutzen und einen Wochenplan für regelmäßige Aktivitäten zu erarbeiten.

Wer Ideen hat und dafür Räume sucht, melde sich also beim KoSP: Telefon 33 00 28 39 (Andreas Bachmann) bzw. 33 00 28 33 (René Uckert) – Kontakt siehe auch Rückseite dieser Zeitung. us

Nach der Sommerpause soll es eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Verkehrskonzept für die Nördliche Luisenstadt geben, deren Termin rechtzeitig bekannt gegeben wird. us

Das Verkehrskonzept und mehr Informationen dazu findet man unter: www.luisenstadt-mitte.de bzw. unter www.buergerverein-luisenstadt.de



Köpi, Pantomimen und WBM-Vorhaben

Der »Runde Tisch Köpenicker« versucht, Lösungen für Lärm-, Müll- und andere Probleme im Kiez zu finden

Dass die Köpenicker Straße etwas Besonderes hat, zeigte sich mal wieder in der Nacht des 30. auf den 31. Mai: Am späten Abend fand im Olympiastadion das Endspiel um den DFB-Pokal statt. Doch schon bevor der Sieger feststand, war klar: Der Pokal wird anschließend in die Köpenicker wandern. Borussia Dortmund hatte zur Feier des Saisonendes das »Kraftwerk« in der Köpenicker 70 (Mitte) gebucht, der VfL Wolfsburg feierte bei »spindler&klatt« in der ehemaligen Heeresbäckerei in der Köpenicker 16/17 (Kreuzberg). Offenbar lief zumindest das Fest des BVB recht zivil ab, die Stimmung war wohl auch nicht so überschäumend. Beim Runden Tisch Köpenicker Straße am darauffolgenden Montag jedenfalls hörte man keine Klagen der Anwohner.

Die beschwerten sich vielmehr über den »Karneval der Subkulturen« der eine Woche zuvor am Pfingstamstag in dem Wohnprojekt Köpi (Köpenicker 137) gefeiert wurde – offenbar bis nachts um drei. Und weil auch schon im Februar mehrtägig die Besetzung des Wohnhauses vor 25 Jahren gefeiert wurde, wird es jetzt einigen aus der Nachbarschaft langsam zu dicke. Ob das Projekt beim Bezirk oder bei der Polizei einen Sonderstatus hat, wurde gefragt. Frau Böttger vom Umwelt- und Naturschutzamt konnte nur mit den Achseln zucken und riet zu einer förmlichen Beschwerde. Frau Polti vom Polizeiabschnitt 32 vermutete gar, dass die Veranstaltung unter dem Schutz des Versammlungsrechts gestanden hätte und daher anderen Regeln unterliege. Wie dem auch sei: Das Hausprojekt wäre gut beraten, zum nächsten Runden Tisch einen Vertreter zu entsenden, um mit den Anwohnern aus der Nachbarschaft in den Dialog zu treten.

Dort werden auch weitere Themen verhandelt: Was ist zum Beispiel mit dem Neubauvorhaben der WBM auf dem Parkplatz vor ihren Plattenbauten an der Köpenicker 104 bis 114? Im Dezember noch hatte die Wohnungsbaugesellschaft sechs Bürgerversammlungen zu dem Vorhaben angekündigt – von rund 300 neuen Wohnungen war die Rede –, aber bislang ist noch nichts geschehen. Stattdessen schwirren Gerüchte durch den Kiez: Es wäre schön, da mal Genaueres zu erfahren!

Auch zum eigentlichen Anliegen des Runden Tisches gibt es einiges zu besprechen: In Friedrichshain-Kreuzberg findet derzeit ein Modellprojekt mit Pantomimen statt, die die Besucher der besonders belasteten Party-Quartiere zu rücksichtsvollerem, leiserem Verhalten und zur Rücksichtnahme auf die Anwohner bewegen sollen. In Barcelona oder Paris soll das schon Praxis sein. Könnten nicht auch diverse Clubs in der Köpenicker Straße an das in Friedrichshain und Kreuzberg gesammelte Know-How anknüpfen und solche Teams vor ihrer Haustür einsetzen? Es stört nämlich vor allem der Lärm, den die Clubbesucher in der Nacht verursachen, wenn sie vor den Clubs in der Schlange stehen oder sie später verlassen. Jede Anstrengung, die die Clubs dagegen unternehmen, wird in der Nachbarschaft sicherlich positiv aufgenommen. Und bei dem kreativen Potenzial im Kiez sollte es doch möglich sein, entsprechende Leute zu finden – ein Ansprechpartner wäre zum Beispiel die ETI-Schauspielschule in der Rungestraße 20.

Der »Runde Tisch Köpenicker« tagt grundsätzlich öffentlich und wird beim nächsten Mal auch wieder vom Präventionsrat des Bezirkes Mitte moderiert. Nach mehrmonatiger Pause wird die Stelle von Heinz Nopper, der in den Ruhestand gegangen ist, jetzt endlich neu besetzt. Der neue Präventionsrat Thomas Haas hat schon vor seinem offiziellen Dienstantritt am 15. Juni den Runden Tisch besucht. cs

Nächster Runder Tisch Köpenicker: Montag, 13. Juli, 11 Uhr, Stadtteil-laden Dialog 101, Köpenicker Straße 101. Öffentlich für alle.

Leser-Ecke

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Zuge meines Kiezspazierganges ist mir aufgefallen, dass es im Zusammenhang mit dem Neubauprojekt Köpenicker Straße 124 zu Schädigungen an den Baudenkmalern Feuerwache Luisenstadt (Nr. 125) und dem Postgebäude (Nr. 122) gekommen ist.

Besonders beim Postgebäude stellen sich die Fragen,
 1. ob sichergestellt ist, dass die Schäden nach dem Fertigstellen der Köpenicker 124 wirklich beseitigt werden können, oder regelt die Versicherung eventuell nur Entschädigungen – auch bei Verlust des Denkmals?
 Steht das Denkmalamt in Kontakt mit dem Eigentümer des Postdenkmals?
 2. ob die derzeitigen Abstützungs- bzw. Sicherungsmaßnahmen ausreichend sind. (...)
 3. Im hinterem Teil des Gebäudes stehen schon länger die Fenster offen, erst ein Dachfenster, nun auch zwei Gaubenfenster. Tauben sonnen sich in den Fensterkreuzen... Warum stehen die Fenster offen? Gab es weitere Schäden im Inneren des Gebäudes? Lassen sich die Fenster noch schließen? Sind die kaputten Fenster auf die Bauschäden zurückzuführen?
 Peter Schwoch

Ein Denkmal für Lilienthal

In der Köpenicker Straße 110/113 stand Otto Lilienthals Maschinenfabrik



500 Jahre ist es her, seit Leonardo da Vinci eine Vision hatte: »Es wird seinen ersten Flug nehmen der große Vogel, vom Rücken des Hügels aus. Das Universum mit Verblüffung, alle Schriften mit seinem Ruhm füllend. Und ewige Glorie wird dem Ort wo er geboren.«

Die vielleicht bedeutendste Persönlichkeit der Luisenstadt ist Otto Lilienthal – denn er war der erste, der mit einem selbstgebauten Vogel flog. Die ewige Glorie also gebührt der Stadt Anklam, in der Lilienthal 1848 zur Welt kam. Aber auch die Luisenstadt bekommt einen Teil des Ruhms ab.

Als Otto Lilienthal aus Vorpommern neu nach Berlin gekommen war, hatte er nicht einmal ein eigenes Bett, sondern musste es sich als Schlafbursche mit anderen teilen. Er studierte an der Berliner Gewerbeakademie (was etwa der heutigen Technischen Universität entspricht) und begann bei der Maschinenfabrik Schwartzkopff und Hopp zu arbeiten.

Später gründete er dann selbst in der Köpenicker Straße 110 die »Otto Lilienthal Maschinenfabrik Berlin«. Gebaut wurden in der Fabrik unter anderem ein »gefahrloser Dampfkessel aus Schlangrohr-Elementen«, Dampfmaschinen, Heizungen, Transmissionen und schmiedeeiserne Riemenscheiben. Otto Lilienthal hatte auch Dreiklang-Signalhörner entwickelt, die an trüben Tagen akustisch die Funktion der Leuchttürme unterstützten. Durch ihren Akkord-Ton unterschieden sie sich so deutlich von Schiffssirenen, dass sie Schiffen im Nebel eine sichere Hilfe bei der Navigation waren.

Ziel seiner Maschinenfabrik war eine »Kraftmaschine für das Kleingewerbe, so dass dadurch selbst der Handwerker befähigt wird, die wirksame Konkurrenz mit dem Großindustriellen einzugehen« – es war der Lilienthalsche Kleinmotor, der aus einem gefahrlosen Schlangrohrkessel und einer Kleindampfmaschine bestand.

Wo wurde erstmalig in der Geschichte ein Flugzeug in Serie gebaut? Dieser Geburtsort war in der Köpenicker Straße 113. In einem Prospekt ungefähr von 1895 heißt es: »Segelapparate zur Uebung des Kunstfluges fertigt die Maschinenfabrik von O. Lilienthal Berlin S. Köpenickerstrasse 113«. Hier wurde der »Normalsegelapparat« in Serie gebaut. Von diesen Flugzeugen sind vier Apparate erhalten, von neun Käufern weiß man die Namen. Die Flugzeuge sind so etwas wie die Wiegendrucke der Luftfahrtgeschichte, sie sind in Museen zwischen Washington und Moskau zu bestaunen.

Otto Lilienthal war nicht nur ein fortschrittlicher Ingenieur, sondern auch in sozialen Fragen sehr engagiert. Er spielte im Volkstheater, schrieb eigene Stücke und führte als einer der ersten 1890 eine

25%ige Gewinnbeteiligung seiner Arbeiter ein. Zusammen mit seinem Bruder entwickelte er Ankerbaukasten-Systeme für Kinder, der in der Etage über der Fabrik gebaut wurde. Als Lego kennen Kinder die Nachfolger bis heute.

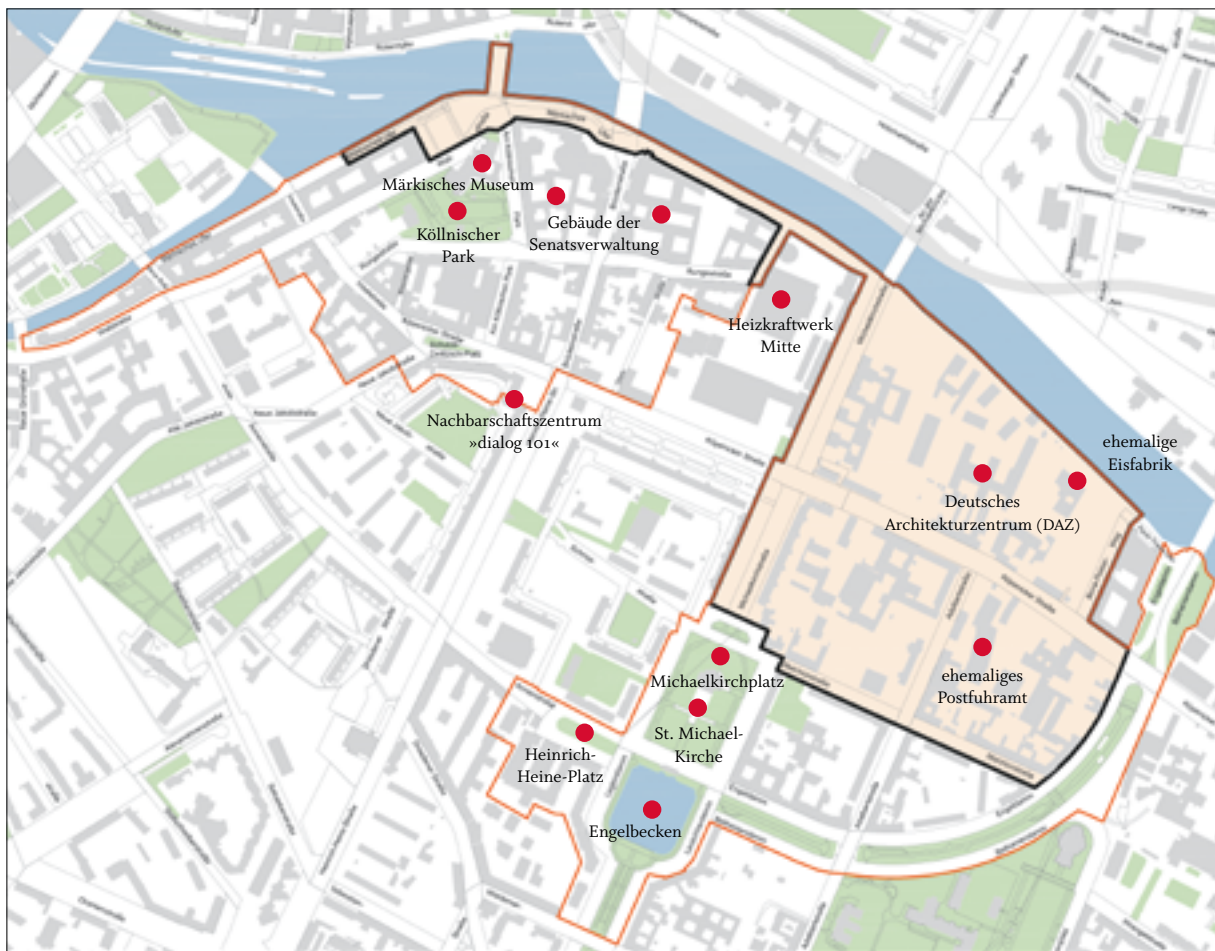
1894 schrieb Lilienthal an einen Freund: »Unser Kulturleben krankt daran, dass es sich nur an der Erdoberfläche abspielt. Die gegenseitige Absperrung der Länder, der Zollzwang und die Verkehrserschwerung sind nur dadurch möglich, dass wir nicht frei wie der Vogel auch das Luftreich beherrschen. Der freie, unbeschränkte Flug des Menschen kann hierin Wandel schaffen und würde von tief einschneidender Wirkung auf all unsere Zustände sein.« Besonders sollte sich Lilienthal über seine größte Erfindung in militärischer Hinsicht irren:


»Die Landesverteidigung, weil zur Unmöglichkeit geworden, würde aufhören, die besten Kräfte der Staaten zu verschlingen, und das zwingende Bedürfnis, die Streitigkeiten der Nationen auf andere Weise zu schlichten, würde uns den ewigen Frieden verschaffen.« Otto Lilienthal war kein leichtsinniger Extrem-Sportler, sondern ein durchtrainierter Pilot. Fast genau ein Jahr vor seinem Unfalltod schrieb er an Alois Wolfmüller, seinem bayrischen Flugzeugkunden: »Bedenken Sie bei allen Versuchen, dass Sie nur ein Genick zu zerbrechen haben.« Otto Lilienthal brach sich sein Genick 1896 bei einem Absturz bei Stölln im Havelland.


An der Stelle seiner Fabrik steht inzwischen ein Denkmal – aber keines, das das Publikum beglückt. Es erinnert an die Maschinenfabrik, durchaus, aber auf zu bescheidene Art. Den meisten, die hier entlang laufen, fällt es überhaupt nicht auf. Die Stele mit Bild und Inschrift erinnert eher an ein Firmenschild als an den ersten Flieger.

Deshalb möchte ich den Anstoß für ein neues Denkmal geben, es sollte schon einem Lilienthal-Gleiter, wie er hier gebaut wurde, nachempfunden sein. Ich bitte Gleichgesinnte, mich per e-Mail zu kontaktieren: radiohochsee@gmail.com Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtpaziergang »Lilienthal & Co.« ein (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), 2h, € 10,-, Anmeldung erforderlich, Telefon 0176-20 21 53 39. <http://falko-hennig.blogspot.de>



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Betreuung Programm Städtebaulicher
Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung
 Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung
 und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat
 um 18.30 Uhr, Stadteilladen Dialog 101,
 Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr